

CH_VB 20020286 vom 18. September 1991

Bundesverwaltung, 1991-09-18, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20020286__td_

FR: CH_VB 20020286 du 18 septembre 1991

IT: CH_VB 20020286 del 18 settembre 1991

Erwägungen

E. 18

September 1991 N 1487 Ordnungsanträge fälle eingetreten, die es notwendig machen, etwas weiter zu gehen als im Dezember 1990. Die EG hat nicht geschlafen; sie hat Regelungen in Kraft gesetzt, welche die Konkurrenzfähigkeit unserer schweizerischen Industrie beeinträchtigen. Wir haben eine Einnahmenerosion bei den Stempelsteuern. Das geht daraus hervor, dass die Ausfälle Mal für Mal kleiner werden, ganz einfach deshalb, weil die Einnahmen kleiner werden. Wenn wir noch länger zuwarten, werden die Einnahmenschwünge gleich null, weil auch die Einnahmen gleich null sein werden. Das ist die Lösung. Hier auf die Gesamtkonzeption des Bundesrates zu warten - bei der Herr Stich den Bundesrat erstmals am 23. September 1991 über seine Vorstellungen orientieren und dann Aufträge vom Bundesrat erhalten wird, was zu einer Botschaft im März 1992 führen würde -, ist nicht mehr verantwortbar. Dieses Geschäft wurde korrekt abgehandelt, wurde diskutiert. Es ist an der Zeit, dass entschieden wird. Ich bitte Sie deshalb als Motionär, aber auch im Auftrag der CVP-Fraktion, diesen Ordnungsantrag abzuweisen und das Geschäft zu behandeln. Frau Uchtenhagen: Ich bitte Sie dringend, dem Ordnungsantrag zuzustimmen. Es gibt dafür gute und sachliche, nicht nur wahltaktische Gründe. Ich stelle mich nicht mehr zur Wahl und hätte deshalb keinen Grund, in diesem Sinn zu reden. Diese Vorlage wird durchgepeitscht. Das ist nicht zu verantworten. Ich war sehr für die Finanzvorlage, über die am 12. Juni 1991 abgestimmt wurde; ich war immer für die Reduktion der Stempelsteuer. Herr Bundesrat Stich ist bereit, diese Stempelsteuerreduktion vorzunehmen. Wenn wir sorgfältig politisieren wollen, müssen wir aber die Gesamtheit der Vorlagen und Sparübungen, die noch kommen, berücksichtigen. Es darf kein Paket mehr geben, das haben wir gelernt. Ich finde aber das, was Sie hier tun, unverantwortlich: 400 bis 500 Millionen Franken ohne jede Kompensation ans Bein zu streichen. Die jetzige Vorlage geht über die Vorlage vom 12. Juni hinaus. Sie bringt grössere Einbussen. Ich mache die Bauern und alle jene, die wieder Subventionen wollen, darauf aufmerksam, dass sie jetzt schon an der kommenden Sparübung mitarbeiten. Sie können nicht dem Bund Einnahmen verweigern, ohne ihm zu sagen, wo er das nötige Geld hernehmen soll. Ich habe Herrn Bundesrat Stich in der Kommission vor allen Mitgliedern gefragt, ob man die Sache beschleunigen könnte. Er wollte eigentlich im Dezember damit kommen. Er sah eine Möglichkeit, im November die Stempelsteuervorlage und auch andere Vorlagen vor die Kommission zu bringen. Man hätte beide Kommissionen - ständerätliche und nationalrätliche Kommission - bereits ausnahmsweise festlegen können. Beide hätten somit im Dezember etwas verabschieden können, wozu wir alle stehen können. Sie gehen wiederum das Risiko ein, dass Sie sich Opposition einkaufen, einfach weil Sie die Mehrheit haben; Sie sind bestimmt die Mehrheit in diesem Rat. Das können Sie tun. Aber diese Politik hat noch nie gute Früchte getragen. In den

E. 20

020 286 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.